

7.



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/82 - 7. April 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886390

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Der Senat entschied</u> Die Volksabstimmung in Berlin Von Franz Barsig	51
2	<u>Widersprüche</u> Bonn gerät zwischen zwei Stühle	25
2	<u>Kleinlich</u> Almosen zum Weltflüchtlingsjahr	26
3 - 4	<u>"Die Vergangenheit mahnt"</u> Eine Ausstellung der Liga für Menschenrechte in Berlin	66
5 - 6	<u>Vermehrte Reiseziele im Ostblock</u> Neue Gebiete für Touristenverkehr	50
6 - 7	<u>An Beispiel Salzgitter</u> Sind Beschlüsse des Bundestages nicht verpflichtend?	52

* * *
* *

Der Senat entschied

Die Volksabstimmung in Berlin

Von Franz Barsig

Das Tauziehen - der Ausdruck Beratungen würde nicht ganz den Kern treffen - um die Frage, ob in Westberlin noch vor der Gipfelkonferenz im Mai in Paris eine Volksabstimmung stattfinden soll, hat einen vorläufigen Abschluß gefunden. Der Berliner Senat hat gestern entschieden, daß er eine solche Volksabstimmung durchführen werde, wenn die Bundesregierung in Abstimmung mit den drei Westmächten dies wünscht. Es wird also jetzt Aufgabe der Bundesregierung sein, mit den drei Westmächten zu verhandeln, ob diese es für richtig und zweckmäßig halten, noch vor der Gipfelkonferenz eine amtliche Befragung der westberliner Bevölkerung vorzunehmen.

Bei dieser Abstimmung mit den Westalliierten wird man jetzt allerdings, wenn die Bundesregierung und vor allem der Bundeskanzler noch weiterhin ein Interesse an diesem Plan haben, den Weg offizieller Verhandlungen wählen müssen. Mit neuen Frühstückseinfällen ist dieses Problem nicht zu lösen. Keiner kann voraussagen, welchen Ausgang diese Verhandlungen nehmen werden, man kann nur als Indiz die sehr vorsichtige Reaktion der Westmächte in Erinnerung zurückrufen, als der Bundeskanzler auf einer Pressekonferenz diese Idee vorbrachte.

Die SPD, die in der Beurteilung dieser Frage immer mit dem Berliner Senat einig gewesen ist, kann sich auch heute dem Kommuniqué der gestrigen Senatssitzung anschließen. Auch sie hält das Wahlergebnis vom 7. Dezember 1958, bei dem die SPD im Angesicht der Freistadtpläne von Chruschtschow nur 1,9 % der Stimmen erhalten hat, für einen überzeugenden Vertrauensbeweis und eine eindeutige Meinungsbekundung der Bevölkerung, die heute noch Gültigkeit hat. Auch sie ist der Meinung, daß die Berliner Bevölkerung seit diesem Zeitpunkt vielfach überzeugende Bekenntnisse für die Freiheit abgelegt hat.

Damit soll nicht gesagt werden, daß die SPD das Mittel der Volksbefragung zur Feststellung des Rechts auf Selbstbestimmung völlig in ihren Überlegungen ausschließt, wobei sie eine Volksabstimmung für das ganze Staatsvolk in Ost und West als Wesensgehalt des Rechtes auf Selbstbestimmung erachtet und partielle Abstimmungen nur den Notfall darstellen. Dieses Recht und diese Waffe können sehr wohl zu einem heute nicht zu bestimmenden Zeitpunkt notwendig und anwendbar sein. Es scheint aber nicht gut zu sein, wenn man diese Dinge im Alleingang entscheiden will, denn die alliierten Vorbehalte in Berlin haben Rechtsgültigkeit, und eine solche Frage ist nur in vollem Einvernehmen mit den drei Westmächten zu entscheiden, denn im Falle eines Falles werden nur die drei Westmächte in der Lage sein, die Freiheit der Berliner Bevölkerung zu wahren.

In den vergangenen Monaten hat man es mit Recht allgemein als einen großen Gewinn betrachtet, daß in der Berlinfrage zwischen dem Westberliner Senat, der Bundesregierung und den Parteien in der Bundesrepublik Einmütigkeit bestand. Diese Einmütigkeit kann getrübt werden, wenn einer der Partner isoliert vorgeht. Rückschauend wäre es deshalb besser gewesen, wenn man diejenigen, um deren Selbstbestimmung es geht, zuerst gefragt hätte, bevor man in ihrem Namen Forderungen erhob. Es ist jetzt zu hoffen, daß keine neuen Mißverständnisse mehr auftauchen. Deshalb sollte die Bundesregierung jeden Schritt, den sie jetzt tut, nur in engster Konsultation mit der rechtmäßigen Regierung von Westberlin vornehmen.

Wideraprüche

sp - Die dumme Behauptung der "Iswestija", Adenauer habe in den USA höchstpersönlich Hakenkreuze in ein Gästebuch gemalt, Chruschtschows Ausfälle in Frankreich gegen den "deutschen Militarismus und Revanchismus", sowie der Papierkrieg zwischen Moskau und Bonn wegen eines alten Hitler-Ordens haben jetzt zu diplomatischen Kontroversen geführt, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen. Bonn und Moskau haben sich - wie man so sagt - ineinander verbissen, und niemand weiß im Augenblick, durch welche Zaubergeste noch vor der Gipfelkonferenz die Atmosphäre wieder geglättet werden könnte. Demgegenüber steht die Tatsache, daß zwischen Moskau und den Westmächten die Beziehungen immer besser werden. Das von Chruschtschow in Frankreich ausgehandelte Kultur- und Wirtschaftsabkommen und die ständige Betonung, man müsse zwischen Paris und Moskau die Bande immer enger knüpfen, sprechen für sich. Die Amerikaner sind im Begriff, den Moskau-Besuch ihres Präsidenten sehr gewissenhaft vorzubereiten, und niemand zweifelt daran, daß Eisenhowers Pressechef Hagerty, der jetzt in Moskau ist, nicht nur technische, sondern auch politische Vorbereitungen für ein "nützlich Gespräch" zwischen dem Kremelchef und dem US-Präsidenten trifft. Daß die Engländer als Vorreiber der Entspannung zwischen Ost und West "am Mann" bleiben, ist hinreichend bekannt. - So stellt sich fünf Wochen vor der Gipfelkonferenz heraus, daß über unsere Köpfe hinweg der Anschein erweckt werden soll, mit uns Deutschen sei nichts anzufangen. Das ist der Widerspruch zu den Notwendigkeiten einer deutschen Politik, die immer dann zwischen zwei Stühle gerät, wenn es ernst wird.

+ + +

Kleinlich

sp - Nur 500 000 DM wird die Bundesregierung dem deutschen Komitee für das Weltflüchtlingsjahr zur Verfügung stellen. Die Sozialdemokraten hatten bei der Haushaltsdebatte fünf Millionen DM für diesen Zweck beantragt, eine immer noch bescheidene Summe angesichts des Elends von vielen Millionen Vertriebenen. Der CDU war dieser Betrag zu hoch, sie begnügte sich mit einem Zehntel, um nicht "den Steuerzahler zu belasten". Wie schön wäre es, würde die Regierungspartei immer Rücksicht auf den Steuerzahler gelten lassen. Hier aber war sie unangebracht. Diese kleinliche Haltung einer großen deutschen Partei wird uns bestimmt kein Lob einbringen. Millionen Deutsche haben ihr Überleben nach Flucht und Vertreibung tätiger Hilfsbereitschaft zu verdanken. Ungezählte Liebesgaben sind aus dem Ausland in die Bundesrepublik geflossen, sie stillten Tränen und Hunger, gaben Ungezählten neuen Lebensmut. Die größte Not wurde überwunden, es gibt fast keine Arbeitslose, die meisten deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge haben wieder eine neue Heimat gefunden - sie sind besser dran, als etwa die 300 000 arabischen Flüchtlinge aus Palästina oder die vielen Millionen vertriebenen Inder, die in Pakistan in Erdhöhlen vegetieren. Die Mittel der Vereinten Nationen reichen bei weitem nicht zur Linderung des Elends dieses Strandguts unserer Zeit aus. Das Weltflüchtlingsjahr sollte schlafende Gewissen aufrütteln - bei uns ist das nicht gelungen. Mit jämmerlichen 500 000 DM steht die Bundesrepublik nun an der letzten Stelle in der Reihe der Spender, beschämt von Ländern, wie Norwegen und die Schweiz, die weitaus mehr geben, von Großbritannien ganz abgesehen, das 20 Millionen Mark spendete. Ist das Empfinden für fremdes Leid und fremde Not bei den Christdemokraten verloschen? + + + - 3 -

"Die Vergangenheit mahnt"

M.B. - Ein kleiner Junge in Knickstrümpfen, auf den sich ein Gewehrlauf richtet, hebt voller Angst die Hände hoch. Daneben erscheint groß das gütige Gesicht des berühmten deutschen Gelehrten Albert Einstein, Symbol einer glücklichen Epoche, die von den Uniformierten mit ihren Gewehren endgültig zerstört worden ist. Darüber steht nur ein Satz: Die Vergangenheit mahnt.

Mit diesem Plakat, dessen Violett den Passanten in Berlin von den Anschlagssäulen entgegenleuchtet, wirbt die Internationale Liga für Menschenrechte für eine Ausstellung über die Geschichte der Juden und ihre Verfolgung im Dritten Reich, die an diesem Wochenende in der Kongresshalle eröffnet wird. Die Gegenüberstellung von deutscher Kultur und Nazibarbarie ist ein Grundmotiv dieser Ausstellung: eine grosse Ehrentafel mit den Portraits berühmter Wissenschaftler, Künstler, Schriftsteller und Politiker erinnert an den bedeutenden jüdischen Beitrag zum geistigen und kulturellen Leben Deutschlands bis 1933. An der Stirnwand der Halle, die ganze Ausstellung beherrschend, sieht man eine Luftaufnahme der Häftlingsbaracken von Auschwitz-Birkenau.

Zwischen diesen beiden Polen ist auf sieben "Korusschalen", modernen Stahlrohrkonstruktionen mit je zwölf, ein Meter hohen Tafeln, eine Fülle von Material ausgebreitet. Ausgehend von den öffentlichen Diskussionen unserer Tage werden nach einem kurzen Abriss über Geschichte und Herkunft unserer jüdischen Mitbürger zunächst sozial-psychologische Ursachen und gesellschaftliche Funktionen des Antisemitismus anhand seiner historischen Entwicklung in Deutschland dargelegt. Aber der Hauptteil der Ausstellung ist der Nazizeit gewidmet.

Die psychologische Vorbereitung, organisatorische Planung und technische Durchführung jenes millionenfachen Mordes, der unter dem Decknamen "Endlösung der Judenfrage" lief, wird hier mit Hilfe zahlreicher amtlicher Dokumente des Dritten Reiches und vor allem

Fülle von in Deutschland bisher zum grossen Teil unbekanntem Fotos dargestellt, die aus allen erreichbaren ausländischen Archiven zusammengetragen worden sind.

Die Ausstellung zeigt den Weg, der von der durch den NSStB organisierten Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 zur Verbrennung von Männern, Frauen und Kindern in den Menschenöfen von Auschwitz, Treblinka und Majdanek führte. Man sieht Fotos von der Deportation und aus dem Ghetto, von der Ankunft der Transporte im Vernichtungslager und von der Befreiung der KZs beim Zusammenbruch der deutschen Kriegsmaschine 1945. Es gibt Bilder darunter, die man nicht wieder vergessen kann: der Abmarsch der jüdischen Bürger aus Würzburg; eine junge Mutter, die mit ihrem Kind auf dem Arm ins Gas geht; die gefangenen Ghettokämpfer, die sich dagegen wehrten, wie Schafe abgeschlachtet zu werden; die Berge von Schuhen, stumme Zeugen ungeheurer Verbrechen, und die entsetzlichen Leichenberge in den Massengräbern von Bergen-Belsen.

Fast noch erschütternder als der Anblick der Toten ist der der Überlebenden. Die zerstörten Gesichter der befreiten Häftlinge und die brutalen Physiognomien ihrer ehemaligen Peiniger sprechen bezeichnender von dem, was geschah, als alle Worte es vermögen. Lichtbildserien, Tonbänder und Filme ergänzen die Ausstellung.

Es wird heute viel von der "unbewältigten Vergangenheit" gesprochen. Hier wird mit diesem Wort einmal ernst gemacht. Die Ausstellung wirkt daher mitten in unsere Gegenwart hinein. Sie zeigt, welcher Art die Verbrechen waren, die am 8. Mai dieses Jahres verjährt sollen, falls der Deutsche Bundestag nicht den Vorschlägen der Opposition folgt. Unausgesprochen leistet die Ausstellung aber auch einen Beitrag zu der Diskussion, ob Menschen, die der Naziregime an führender Stelle gedient haben, in einem demokratischen Staat öffentliche Ämter bekleiden können.

Zum ersten Mal seit dem Kriegsende vor fünfzehn Jahren wird eine repräsentative Ausstellung dieser Art in Deutschland gezeigt. Sie kommt spät, aber gerade zur Zeit. Es wäre sehr zu wünschen, daß diese notwendige Dokumentation in allen westdeutschen Großstädten gezeigt wird.

Vermehrte Reiseziele im Ostblock

rh - Das soeben bekanntgegebene Auslandsreisen-Programm des Prager staatlichen Reisebüros Codak für 1960 ist durch die Tatsache bemerkenswert, daß in allen in Frage kommenden Ostblockstaaten mehr Reiseziele als in den vergangenen Jahren zur Verfügung stehen. Eine Lockerung der Reisesperre nach westlichen Ländern ist allerdings nicht eingetreten; es wird auch in diesem Jahr nur "eine bestimmte Anzahl" von Personen geben, die "kapitalistische Länder" als Reiseziele wählen dürfen. Dagegen hat man die Zahl der Auslandsreisenden (nach Ostblockländern) um 12 000 auf 132 000 erhöht.

In der Sowjetunion, wohin 16 000 CSR-Touristen fahren werden, ist die Vermehrung der Reiseziele besonders auffällig. Bisher durften nur Kiew, Moskau und Leningrad sowie einige Schwarzmeerbäder besucht werden. Hinzukommen in diesem Jahr Charkow und Stalingrad (als Ausgangspunkt für Wolgafahrten), aber auch Riga und Lemberg sowie alle Schwarzmeerbäder und die Badorte in Mittelasien und im östlichen Kaukasus. Das sowjetische Touristenschiff "Peter der Große" bringt Besucher aus der CSR an viele Punkte der Schwarzmeerküste, die vier Fahrten des rumänischen Luxus Schiffes "Transylvanien" haben die sowjetischen Kaukasus-Seebäder und Ägypten zum Reiseziel. Als besondere Attraktion wird ein 14-tägiger Aufenthalt im sowjetischen Seebad Soutschi angepriesen. Denn es handelt sich bei allen Auslandsfahrten um "individuelle" Reisen mit Pauschalpreisen und Auswahl bei "rechtzeitiger" Anmeldung.

Es geht zwar der Hauptstrom der Urlaubsreisenden - 35 000 - nach Bulgarien und seiner Küste, für 25 000 ist eine Fahrt nach Ungarn möglich, und auch die rumänische Schwarzmeerküste soll nicht zu kurz kommen, aber der Prager Codak widmet doch seine besondere Aufmerksamkeit den Urlaubsfahrten in die deutsche Sowjetzone. Nicht weniger als 26 verschiedene Fahrten sind im Laufe dieses Jahres vorgesehen, um interessante Städte und sehenswerte Landschaften zu besuchen. Die meisten der Badeaufenthalte an der Ostseeküste sind mit einem eintägigen Besuch des schwedischen Hafens Trelleborg verbunden, damit sich offensichtlich der Fährbetrieb Sassnitz-Trelleborg besser rentiert. Aber nicht nur in der Sowjetzone gibt es, wie in der Sowjetunion

erstmalig eine grössere Beweglichkeit, auch in Bulgarien und Rumänien werden Rundreisen veranstaltet. Zum Besuch von Budapest will man in Presburg ein Donauschiff einsetzen.

In Polen stehen zwar Seebäderbesuche, verschiedene Rundreisen und die Posener Messe auf dem Programm, aber der Trend zum "polnischen Balt" hat sichtlich nachgelassen. Auch nach Albanien werden nur (14-tägige kostspielige) Flugreisen zum Besuch des Badeortes Durres veranstaltet, nach Rot-China gibt es (wie im Vorjahr) drei finanziell sehr aufwendige Reisen per Düsenflugzeug - 24 Tage für 11.410 Kcs einschließlich Taschengeld = 6700 DM. Das "individuelle" Reisen erfährt insofern eine Einschränkung, als von den Sonderzügen nach der Sowjetunion nur von den Sowjetfreunden und weitere (auch nach anderen Ostblockstaaten) vom Jugendverband und von der "vormilitärischen Erziehung" arrangiert werden. Zur "rechtzeitigen" Anmeldung kommt also noch die Genehmigung der genannten Verbände und - für alle - die Empfehlung des eigenen Betriebes.

+ + +

Am Beispiel Salzgitter

B.P. - Wenn einmal das Verhältnis der Bundesregierung zu den Gemeinden an einem Beispiel charakterisiert werden soll, dann ist hierfür die Stadt Salzgitter in Niedersachsen geeignet. Hier diskutiert, kritisiert und polemisiert man seit dem 1. Bundestag an der sogenannten "Kommunalen Erstausrüstung" herum, die einmal als "Bundesdrucksache 1220" registriert wurde, ohne jemals einen letzten Abschluß gefunden zu haben.

Zur Geschichte dieser "Drucksache 1220" gehört die Geschichte dieser problematischen Stadt: Nach dem Kriege standen hier einige tausend Wohnhäuser auf blanken Äckern, die einmal in aller Monotonität von den damaligen Machthabern aus dem Boden gestampft wurden. Es waren aber nur in dem halb städtischen, halb ländlichen Gebiet die nackten Häuser vorhanden. Kirchen, Schulen Versorgungsleistungen und alle anderen Nebeneinrichtungen fehlten. Was die Stadt nachzuholen hatte und noch hat, war und ist unermesslich.

Die Wohnsiedlungen entstanden in Zuge der Industrialisierung der früheren Reichswerke und der heutigen AG für Berg- und Hüttenbetriebe Salzgitter. Rechtsnachfolger dieses Salzgitter-Konzerns wurde der Bund. Daraus folgerten vor allem die Sozialdemokraten in der niedersächsischen Landesregierung und in Salzgitter den Rechtsanspruch dieser Stadt gegenüber dem Bund in Hinblick auf den kommunalen Nachholbedarf.

Durch Vorstöße aus Salzgitter und Hannover gelang es, im 1. Bundestag, die "Drucksache 1220" unter dem Begriff "Kommunale Erstaustattung" für Salzgitter zu verabschieden. Das mit verschiedenen Maßnahmen beschlossene Millionenvolumen dieser Erstaustattung, die den größten kommunalen Notstand in Salzgitter beseitigen sollte, konnte nicht mit einem Schlage abberufen und investiert werden. Im Laufe der Jahre aber stiegen mit den Baupreisen auch die Kosten für die in der "Drucksache 1220" festgelegten Maßnahmen. Trotz verschiedener Aufstockungen gelang es bis heute nicht, alle in dieser Drucksache beschlossenen Maßnahmen zu finanzieren.

Zwar hat Salzgitter seit der Währungsreform für Baumaßnahmen mit Ablauf des Haushaltsjahres 1960 rund 80 Millionen DM investiert, aber wenn man von einem "Reichtum" in dieser Stadt spricht, muß man den noch immer riesigen Nachholbedarf kennen: Um zum Beispiel für eine Abwasserbeseitigung aus eigenem Aufkommen zu sorgen, braucht die Stadt noch 20 Jahre. Und um jene steckengebliebene kommunale Erstaustattung zu Ende bringen zu können, wären nach amtlicher Mitteilung noch rund 45 bis 50 Millionen DM erforderlich. Unbefriedigt in dieser "Bundesdrucksache 1220" blieb zum Beispiel der Bau einer wichtigen Fernverkehrsstraße, in deren bisherigen Ausbau schon zwei Millionen DM gesteckt wurden, die dann aber selbst stecken blieb, weil die Zuschüsse aus Bonn ausblieben. Für den inzwischen begonnenen Rathausbau bewilligte Bonn 2,5 Millionen DM, obwohl das Projekt nach durchaus nicht extravagantem Plänen rund 13 Millionen DM kosten wird. Unbefriedigt blieben weitere Vorhaben, die in der "Drucksache 1220" standen. Dazu zählen zum Beispiel dringend notwendige Grundstücksbeschaffungen und sogar der Bau noch immer fehlender Bedürfnisanstalten.

Die Bonner Ministerialbürokratie steht auf dem Standpunkt, der 1. Bundestag habe nur die einzelnen Maßnahmen, nicht aber die Bauausfinanzierung beschlossen. An dieser Einstellung scheiterten alle weiteren Verhandlungen.

----- + + + -----
Verantwortlich: Günter Markscheffel